Alles, was Recht ist

Große Versprechung

Mit Werbung und Werbeversprechen müssen Ärzte und auch Zahnärzte vorsichtig sein, denn schnell befinden sich Mediziner damit auf dem Feld des unlauteren Wettbewerbs und bei Verstößen gegen das Heilmittelwerbegesetz. Im konkreten Fall ging es darum, ob so genannte Vorher-/ Nachher-Bilder zulässig sind. Das Oberlandesgericht (OLG) Koblenz hat sich mit dieser Frage und den vollmundigen Versprechungen auf der Internetseite des Betreibers beschäftigt und kommt in seinem Urteil zu dem Schluss, dass es ein generelles Werbeverbot für Kliniken oder Praxen mit dieser Form der Bilder gibt. Im zugrunde liegenden Fall hatte ein Eigentümer einer Klinik, in der auch Schönheitsoperationen durchgeführt werden, auf seiner Internetseite unter anderem mit Bildern von Patienten vor und nach einem plastisch-chirurgischen Eingriff gezeigt. Das darf der Klinikbetreiber künftig nicht mehr tun, denn nach Auffassung des OLG Koblenz (und auch der Vorinstanz) handelt es sich dabei um einen Verstoß gegen das Heilmittelwerbegesetz, nachdem nicht mit einer vergleichenden Darstellung des Körperzustandes geworben werden darf. Vorsicht ist auch geboten bei der Werbung für Therapien, deren Wirksamkeit nicht wissenschaftlich und evidenzbasiert belegt ist. Dasselbe Gericht hat in einem anderen Fall auch Werbung für Magnetfeldtherapie verboten, die einen Hinweis auf die „Aktivierung der Selbstheilung des Körpers“ enthielt. Diese Form der Werbung sei irreführend, urteilten die Koblenzer Richter. Sie verwiesen darauf, dass diese Angaben eine therapeutische Wirksamkeit dieser Therapie suggerierten, die wissenschaftlich nicht belegt ist.

Az. 9 U 1362/15 und Az. 9 U 1181/15

sas

Volle Diskriminierung

Die flächendeckende Versorgung und die Versorgungskontinuität ist bei Ärzten und Zahnärzten ein großes Thema. Anders als bei den Zahnärzten, müssen sich Ärzte und Fachärzte um die so genannten Kassenarztsitze bewerben. In einem kuriosen Fall in Rheinland-Pfalz bewarben sich ein 64-jähriger und ein 74-jähriger Augenarzt beim zuständigen Ausschuss um einen Vertragsarztsitz. Beide Augenärzte erwiesen sich als gleichermaßen qualifiziert. Da der 74-Jährige bereits länger auf der Warteliste gestanden hatte, bekam er zunächst den Zuschlag. Dies nahm der jüngere Augenarzt jedoch nicht hin und rief den Berufungsausschuss an. Dieser entschied, dass bei dem jüngeren – aber immerhin auch 64-jährigen – Augenarzt die kontinuierliche Patientenversorgung besser gewährleistet sei. Der 74-jährige Bewerber akzeptierte dies nicht, und so musste schließlich das Sozialgericht Mainz entscheiden. Die Richter entschieden zugunsten des älteren Augenarztes. Das Alter allein dürfe nicht allein das entscheidende Kriterium für die Zulassung eines Arztes darstellen, dieser Aspekt dürfe aus Diskriminierungsgesichtspunkten nicht ausschlaggebend sein. Der Altersunterschied allein lasse nicht auf eine bessere oder schlechtere Versorgungskontinuität schließen. Bei jüngeren Kollegen käme auch niemand auf den Gedanken, einem Bewerber wegen des geringeren Alters den Zuschlag zu geben – und eine Verlegung der Praxis nach wenigen Jahren sei auch in einem solchen Fall möglich. Der Berufungsausschuss muss nun erneut über die Zulassung entscheiden und neue Gründe ins Feld führen.

Az. S 16 KA 211/14

sas

Hier steht eine Anzeige.

Springer